

Palästinenser getötet – Häuser zerstört

Drei Palästinenser getötet – Landenteignung genehmigt

RAMALLAH: Die israelische Armee hat am Freitag erneut zwei Häuser von Familien palästinensischer Selbstmordattentäter zerstört. Zuvor töteten sie drei Palästinenser, darunter einen fünfjährigen Jungen.

Zwei der Palästinenser wurden in der Nacht auf Freitag von israelischen Soldaten im Gazastreifen erschossen. Laut Armeeangaben hatten sie versucht, mit einem schweren Sprengstoffpaket bei Gaza den israelischen Sperrzaun zu Israel zu durchtrennen.

Bei einem weiteren Zwischenfall am Freitag wurde laut palästinensischen Berichten ein fünfjähriger Junge beim Spielen in der Stadt Chan Junis von Soldaten getötet. Sein Grossvater und ein weiterer Palästinenser seien dabei lebensgefährlich verletzt worden.

In der Nähe der Stadt Tulkarem im Westjordanland zerstörte die Armee die Häuser von zwei palästinensischen Selbstmordattentätern. Wie das israelische Radio berichtete, gehörte eines der Häuser der Familie eines Mitglieds der radikalen Organisation Islamischer Dschihad.

Dieser hatte vor zwei Monaten einen Selbstmordanschlag verübt, wobei 17 Israelis getötet worden waren. Laut Augenzeugen wurden dadurch 12 Menschen obdachlos.

Das andere Haus gehörte einem At-



Die israelische Armee drang am Freitag erneut in palästinensische Wohngebiete ein.

tentäter, der im Januar in Taibe einen Selbstmordanschlag verübt hatte. Dabei waren zwei Mitglieder der israelischen Armee verletzt worden. Die Zerstörung von Häusern der Familien von Extremisten verstösst gegen internationales Recht.

Das Oberste Gericht Israels entschied in Jerusalem, dass die israelische Ar-

mee Palästinensern in den besetzten Gebieten ihr Land wegnehmen darf, wenn es der Sicherheit von jüdischen Siedlern dient.

Die Richter wiesen eine Petition von insgesamt zehn Palästinensern ab, die die Enteignung ihres Landes für den Bau einer Strasse verhindern wollten. Die Armee argumentierte jedoch, der

Ausbau der Strasse zu der jüdischen Siedlung Nezarim sei nötig, um die Sicherheit der Siedler zu verbessern.

In New York forderte eine Mehrheit des Stadtrats die Schliessung des palästinensischen Büros bei den Vereinten Nationen (UNO), weil die palästinensische Regierung angeblich den Terrorismus unterstütze.

Härtere Asylpolitik

AMSTERDAM: Der neue niederländische Einwanderungsminister hat am Freitag eine härtere Asylpolitik angekündigt. Asylbewerber sollten in geschlossenen Internierungslagern untergebracht werden, solange ihre Anträge geprüft würden, schlug Hilbrand Nawijn, Ressortchef des neuen Ministeriums für Ausländerfragen und Integration vor. Als Lager könnten derzeit noch leer stehende Armeeeunterkünfte dienen, die zu dem Zwecke umgebaut werden müssten. Vor allem illegal eingewanderte Asylbewerber mit einer kriminellen Vergangenheit sollten in den neuen Lagern bis zu zwei Monate lang festgehalten werden, sagte Nawijn in einem Fernsehinterview.

Papst Johannes Paul II. in Krakau

KRAKAU: Papst Johannes Paul II. ist am Freitagabend zur neunten Polenreise seines Pontifikats in Krakau eingetroffen. Die Alitalia-Maschine mit dem Oberhaupt der katholischen Kirche landete um 18.19 Uhr auf dem Flughafen Balice in der Nähe von Krakau. Der polnische Präsident Alexander Kwasniewski und der Erzbischof von Krakau, Franciszek Macharski, empfingen den Papst am Rollfeld. Etwa 15 000 Gläubige jubelten ihm zu. Knapp zwei Stunden zuvor war der Papst mithilfe eines hydraulischen Lif-



tes an Bord der Maschine am römischen Flughafen Fiumicino gegangen. Bei seinem ersten öffentlichen Auftritt will der Papst am Samstag eine Kirche in der Nähe von Krakau einweihen. Geplant sind ausserdem Treffen mit Polens Präsident Kwasniewski und dem Ministerpräsidenten Leszek Miller. Höhepunkt des Besuchs soll am Sonntag eine Freiluftmesse in dem Ort Blonia nahe Krakau sein. Der Papst will ausserdem die Kapelle der Krakauer Kathedrale besuchen, in der er die erste Messe seines Lebens las. Auch dem Grab seiner Eltern möchte der 82-Jährige einen Besuch abstatten. Johannes Paul II. lebte für fast 40 Jahre in Krakau, bevor er 1978 zum Papst gewählt wurde.

Friedensgespräche für Tschetschenien

MOSKAU/WLADIKAWKAS: Zur Wiederbelebung der seit einem Jahr ins Stocken geratenen Friedensgespräche für Tschetschenien: Ist ein früherer ranghoher russischer Regierungsvertreter mit einem tschetschenischen Unterhändler zusammengetroffen. Iwan Rybkin, der ehemalige Vorsitzende des russischen Sicherheitsrats, sprach am Donnerstag in Zürich mit Achmed Sakajew, einem Unterhändler von Rebellenführer Aslan Maschadow. Der Ministerpräsident der prorusischen Regierung in Tschetschenien, Stanislaw Iljasow, kritisierte das Treffen.

Rybkin erklärte am Freitag, bei dem Gespräch sei es um eine Rückkehr zu einer Vereinbarung vom Ende des ersten Tschetschenienkriegs gegangen. Danach sollte über den Status der Kaukasusrepublik in fünf Jahren entschieden werden. Rybkin erklärte, er hoffe, den russischen Präsidenten Wladimir Putin bald zu treffen und ihm über das Treffen zu berichten. Der Krieg sei in vielerlei Hinsicht eine humanitäre Katastrophe und müsse rasch beendet werden, sagte Rybkin.

Kritik gegen Bushs Irak-Pläne

Führende Parteifreunde machen Front gegen Angriff

WASHINGTON: Führende Parteifreunde von US-Präsident George W. Bush machen immer stärker Front gegen einen möglichen Angriff auf den Irak. Ex-Sicherheitsberater wie Henry Kissinger und Brent Scowcroft meldeten ihre Bedenken in US-Medien.

Scowcroft, der zur Zeit des Golfkrieges 1991 Sicherheitsberater von George Bush Senior war, äusserte in der US-Zeitung «Wall Street Journal» seine Zweifel an einem Irak-Angriff. Ein Angriff zum jetzigen Zeitpunkt würde den globalen Krieg gegen den Terrorismus ernstlich gefährden, wenn nicht gar zur Entgleisung bringen, sagte er.

Vor ihm hatten bereits Ex-Sicherheitsberater Henry Kissinger, der republikanische Senator Chuck Hagel,

der Führer der Republikaner im Abgeordnetenhaus, Richard Armitage, und der ehemalige Aussenminister Lawrence Eagleburger Bedenken vorgebracht.

Israels Ministerpräsident Ariel Scharon teilte US-Präsident George W. Bush mit, eine Verschiebung werde Iraks Präsident Saddam Hussein die Gelegenheit geben, sein Programm zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen zu beschleunigen. Dies sagte ein Sprecher Scharons am Freitag.

Die US-Regierung bestritt unterdessen einen Zeitungsbericht, wonach Finanzhilfen für Hilfsprojekte in Irak ein Zeichen für einen baldigen Angriff auf das Land sein könnten.

Der Chef UNO-Waffeninspektoren im Irak von 1991 bis 1997, Rolf Ekéus, stellte US-Geheimdienstberich-

te in Frage, wonach es im Irak neue Produktionsstätten für Massenvernichtungswaffen gebe. «Ich bezweifle, dass es für diese Behauptung nachprüfbar Beweise gibt», sagte Ekéus am Freitag im ARD-Morgenmagazin. Er forderte die westliche Welt auf, mit aller Entschiedenheit eine neue Phase der UNO-Waffeninspektionen durchzusetzen.

Die als Sprachrohr von Saddam Hussein geltende Zeitung «El Irak» schrieb am Freitag, im Fall eines US-Angriffs auf Irak werde das irakische Volk den Vereinigten Staaten eine «unvergessliche Lektion» erteilen.

Bagdad habe bereits einen politischen Sieg errungen, denn alle arabischen Staaten und zahlreiche andere Länder hätten sich gegen einen von den USA gegen Irak geführten Krieg ausgesprochen.

Weisse Farmer verhaftet – fünf wieder freigelassen

Hatten ihre Ländereien nach Ablauf eines Ultimatums der Regierung nicht verlassen

HARARE: In Simbabwe hat die Polizei elf weitere weisse Farmer festgenommen, die ihre Ländereien auch nach Ablauf eines Ultimatums der Regierung nicht verlassen hatten. Fünf der am Donnerstag Festgenommenen wurden am Freitag wieder entlassen.

Für jeden wurden umgerechnet 92 Dollar Kaution hinterlegt. Rechtsmittel konnten sie nicht einlegen. Ein Gericht in Gwanda ordnete am Freitag an, dass die fünf Männer im September zu erneuten Anhörungen erscheinen müssen.

Den Farmern wurde jedoch erlaubt, zunächst weiter auf ihren Landgütern zu wohnen. Der sechste Festgenommene sollte vor einem anderen Bezirksgericht erscheinen. Damit wären dann noch elf in Gewahrsam, wie die Nachrichtenagentur afp berichtete.

Die insgesamt 17 Farmer sind die ersten, die wegen Widerstands gegen das Ultimatum von Präsident Robert Mugabe gerichtlich verfolgt werden. Das Ultimatum war in der vergange-

nen Woche abgelaufen. Das Land soll anschliessend an schwarze Farmer übergeben werden.

Die Mehrheit der betroffenen weissen Farmer – 1600 gemäss Regierung, 2900 gemäss der Farmer-Gewerkschaft CFU – hat sich jedoch entschlossen, nicht auf das Ultimatum zu reagieren, obwohl sie eine Haftstrafe von bis zu zwei Jahren riskieren.

Präsident Robert Mugabe verurteilte den Widerstand der Bauern. Die weissen Farmer hätten eine herrschende Rolle in Simbabwe gespielt und wollten nun nicht wahrhaben, dass an ihrer Stelle Afrikaner zu wohlhabenden Menschen werden, sagte der Präsident. Die Landreform seiner Regierung wird international scharf kritisiert.

Die 13 Schweizer Farmer in Simbabwe waren gemäss dem Schweizer Geschäftsträger in Harare, Eduard Jaun, bis am Donnerstag noch nicht von den gewaltsamen Vertreibungen betroffen. Für drei der Schweizer ist das Ultimatum schon abgelaufen. Aber auch sie hätten bis jetzt keine Anstalten gemacht, ihre Besitztümer aufzugeben.



In Harare demonstrierten die Menschen am Freitag gegen die Regierungspolitik.

ANZEIGE

SWISS cide taste

Swizly ist die Intensität eines Schweizer Apfels. Mild und spritzig im Geschmack, einzigartig beim Aromen und 100% Honigblüten.

MOHL